



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 15. März 2021 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat ein Mitglied des Sozialversicherungsgerichts mit einem 60-Prozent-Pensum gewählt ([KR-Nr. 31/2021](#)).

Der Kantonsrat hat ein Mitglied des Sozialversicherungsgerichts mit einem 90-Prozent-Pensum gewählt ([KR-Nr. 32/2021](#)).

Der Kantonsrat hat eine dringliche Interpellation von SP, Grünen, EVP und AL behandelt, mit der vom Regierungsrat Antworten zum weiteren Vorgehen nach der Ablehnung der Vorlage zum Rosengartentunnel im Februar 2020 gefordert wurden ([KR-Nr. 43/2021](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Der Kantonsrat hat über die Antworten des Regierungsrates auf eine dringliche Interpellation diskutiert, mit der die SVP von der Regierung wissen wollte, wie diese sicherstelle, dass die angestrebte Öffnung nach dem Corona-Lockdown im Kanton Zürich gelingen kann ([KR-Nr. 44/2021](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 15. März 2021 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat den zweiten Zusatzkredit in der Höhe von 662,8 Millionen Franken für das Covid-19-Härtefallprogramm mit 169 Stimmen zu einer Stimme bei 2 Enthaltungen bewilligt ([5663](#)). Die Summe des gesamten Verpflichtungskredits beläuft sich somit nun auf 882,8 Millionen Franken. Werden auch noch die Bundesbeiträge hinzugezählt, stehen im Kanton Zürich nun rund 2,1 Milliarden Franken zur Verfügung, mit denen Unternehmen geholfen werden kann, die unter der Coronakrise leiden.

Der Kantonsrat hat ein dringliches Postulat von FDP und SVP mit 131 zu 38 Stimmen dem Regierungsrat überwiesen, mit dem der Kanton aufgefordert wird, unter der Coronakrise leidenden Unternehmen bei der Finanzierung ihrer Mieten oder Hypothekarkosten zu helfen ([KR-Nr. 18/2021](#)). Der Regierungsrat hat nun ein Jahr Zeit, einen Bericht dazu auszuarbeiten.

Der Kantonsrat hat ein dringliches Postulat von SP, Grünen und EVP mit 102 zu 65 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt, mit dem gefordert wurde, dass Vermieter, die Mietern von Geschäftsliegenschaften zwei Drittel der Miete erlassen, vom Kanton einen Drittel der Miete erhalten sollen ([KR-Nr. 17/2021](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative der AL abgelehnt, mit der eine befristete Zusatzsteuer auf Vermögensteile über 2 Millionen Franken von Privatpersonen gefordert wurde ([KR-Nr. 117/2020](#)). Die für eine vorläufige Unterstützung nötige Zahl von 60 Stimmen wurde mit 57 Stimmen knapp verfehlt. Die zusätzlichen Steuereinnahmen hätten die finanzielle Belastung von Kanton und Gemeinden infolge der Coronakrise mildern sollen.

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von GLP, SP, Grünen, EVP und AL mit 123 Stimmen vorläufig unterstützt, mit der gefordert wird, dass bei Regierungsratswahlen den Abstimmungsunterlagen ein Beiblatt beigelegt werden soll, auf dem die Personen aufgeführt sind, die öffentlich zur Wahl vorgeschlagen werden ([KR-Nr. 156/2020](#)).

Die Zweckbindung der kommunalen Parkplatz-Ersatzabgaben soll erweitert werden. Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von Grünen, EVP und SP mit 88 Stimmen vorläufig unterstützt ([KR-Nr. 171/2020](#)). Mit dem Vorstoss wird gefordert, dass die Gelder künftig auch für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs verwendet werden dürfen.

(sda)